

Reisebericht Togo (14.-16. Mai 2023)

Vom 14.-16. Mai reiste ich nach Togo. Mit Togo verbindet Deutschland bereits eine langjährige Partnerschaft, aber natürlich auch eine gemeinsame Geschichte. Das Land war von 1884-1914 deutsche Kolonie. Ein wichtiges Ziel meiner Reise war es, der Regierung in Togo anzubieten, noch enger bei der Aufarbeitung der Kolonialzeit und besonders der Repatriierung menschlicher Gebeine zusammenzuarbeiten, die sich immer noch in Deutschland befinden. Aber auch darüber hinaus gibt es viele Themen, bei denen wir mit Togo gemeinsame Ziele verfolgen.

Das ist einerseits die regionale Sicherheit und die Gefahr eines Ausgreifens terroristischer Gruppen aus dem Sahel auf die Küstenstaaten Westafrikas. Insbesondere für den Norden Togos ist das ein großes Problem. Auch von den Folgen des Klimawandels sind sowohl Gambia als auch Togo stark betroffen. Dies führt zunehmend zu Küstenerosion und zu Überschwemmungen. Und schließlich wollen wir auch bei der wirtschaftlichen Entwicklung zusammenarbeiten. Es gibt nicht genug Arbeitsplätze für die sehr junge Bevölkerung, gleichzeitig sind die Preise stark angestiegen, u.a. durch die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine. Deshalb sehen sich viele Menschen gezwungen, ihre Heimat zu verlassen.

Togo ist durch eine große Vielfalt an kulturellen Einflüssen und Sprachen geprägt. Seit dem 16. Jahrhundert war die Küste Togos als Beginn der „Sklavenküste“ bekannt. Von hier wurden Menschen als Sklaven an Europäer verkauft und verschifft.

Am 5. Juli 1884 wurden einzelne Orte im heutigen Togo durch einen Vertrag zwischen einem Vertreter des Königs Mlapa III. und dem deutschen Generalkonsul für Westafrika, Gustav Nachtigal, zum deutschen „Schutzgebiet“ erklärt. Im darauffolgenden Jahr installierte der Kaiserliche Kommissar eine Polizeitruppe, die den wachsenden deutschen Einflussbereich absicherte. Schon kurz nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurde Togoland, wie die Deutschen das besetzte Gebiet nannten, von Großbritannien und Frankreich besetzt. Die deutsche Polizeitruppe kapitulierte am 27. August 1914.

Im Anschluss wurde der Ostteil der Kolonie, etwa zwei Drittel des Gebietes, mit der gesamten Küste Frankreich zugesprochen. Erst 1960 erhielt das Land seine Unabhängigkeit.

Togo wird seit 1967 fast ununterbrochen von derselben Familie regiert: General Gnassingbé Eyadéma war 1967 als Militärchef an die Macht gekommen. Ab 1990 kam es zu Unruhen und gewaltsamen Protesten. Eyadéma musste schließlich der Einberufung einer Nationalkonferenz zustimmen, die mit 1000 Delegierten zusammentrat und am 13. Juli 1991 ihre Souveränität erklärte. Die Übergangsregierung scheiterte jedoch nach kurzer Zeit und Eyadéma setzt sich wieder durch. Nach seinem Tod 2005 ernannte die Armee seinen Sohn Faure Gnassingbé zum neuen Präsidenten. In der Wahl vom 24. April 2005 wurde er als Präsident bestätigt.

Die deutsche Kolonialzeit ist in Togo noch sehr präsent. Dennoch haben die meisten Einwohner*innen Togos ein überaus positives Bild von den Deutschen und Deutschland. Im Straßenbild der Hauptstadt Lomé sieht man mitunter den Bundesadler, der gerne als Dekoelement an Häusern verwendet wird. Viele meiner Gesprächspartner*innen vor Ort sprechen verblüffend gut Deutsch.

Mein erstes Gespräch in Lomé führte ich mit Wissenschaftler*innen aus Togo, die den Verbleib der Gebeine ihrer Vorfahren erforschen, die während der Kolonialzeit in großer Anzahl aus Togo so wie auch aus vielen anderen Ländern Afrikas nach Deutschland verbracht wurden. Die Forscher*innen haben im Rahmen eines von der Stiftung Preussischer Kulturbesitz geförderten Projekts Reisen zu verschiedenen Dorfgemeinschaften unternommen. Dort sind die Geschichten über durch die Deutschen während der Kolonialzeit begangenen Grausamkeiten, wie Zwangsarbeit, Strafexpeditionen und Hinrichtungen weiterhin präsent. Es ist nicht ganz leicht, diese lebendigen Erinnerungen mit dem extrem positiven Deutschlandbild bei einem Großteil der Bevölkerung in Einklang zu bringen. Die Menschen in den Dörfern möchten Gewissheit über den Verbleib Ihrer Ahnen haben und diese nach Hause bringen, um sie dann zu bestatten. Nur so können die Vorfahren gemäß ihrer Tradition Ruhe finden. Die Wissenschaftler*innen wollten am Folgetag an einer Konferenz zum selben Thema in Kamerun teilnehmen.

Anschließend besuchten wir das Palais de Lomé, ein beeindruckendes Kulturzentrum in einem Park direkt am Meer. Es wurde ursprünglich 1905

als Palast des deutschen Gouverneurs errichtet und war danach u.a. Sitz der britischen Militärbesatzung (1914-1919), der französischen Kommissare während der Mandatszeit (1920-1960) und der Präsidenten Togos in den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit.

Ich war beeindruckt von den verschiedenen Ausstellungen größtenteils moderner togoischer Kunst. Zum Konzept des Palais gehört es, dass es sich ausdrücklich nicht als Museum, sondern als Ort aktiver Begegnung versteht und keinesfalls primär mit der kolonialen Vergangenheit identifiziert werden will.

Es folgten die politischen Gespräche mit hochrangigen Regierungsvertreter*innen. Mit der Premierministerin – der ersten Frau in Togo in diesem Amt – habe ich mich u.a. über die Vorbereitung der anstehenden Wahlen, die Dezentralisierung und die Lage der Frauen ausgetauscht. In den Gesprächen mit dem Außenminister und dem Generalsekretär im Sicherheitsministerium ging es um die schwierige Lage in der Sahelregion. Wir teilen die Sorge Togos und wollen daher unser Engagement gerade im Norden ausbauen, um die Ausweitung des Terrorismus einzudämmen.

Anschließend führte ich ein Gespräch mit Vertreter*innen der politischen Opposition. Die Wahl 2005, in der Faure Gnassingbé zum Präsidenten gewählt wurde, war umstritten. Unruhen mit über 500 Toten waren die Folge. Zehntausende Menschen flüchteten aus Togo. Bei den Präsidentschaftswahlen 2010, 2015 und 2020 wurde Präsident Gnassingbé wiedergewählt. Die letzte Wahl wurde von der Opposition boykottiert. In unserem Gespräch erläuterten mir die Oppositionsparteien, dass sie sich entschieden hätten, an der bevorstehenden Präsidentschaftswahl teilzunehmen, auch wenn es Kritik an am Prozess der Registrierung von Wähler*innen und am Zuschnitt der Wahlbezirke gibt. In der vergangenen Wahl hatte die Opposition die Mehrheit der Stimmen erhalten, aber aufgrund der Wahlbezirke nur eine Minderheit im Parlament.

Kurz vor meiner Weiterreise traf ich außerdem noch eine Gruppe von Vertreter*innen von Frauenrechtsorganisationen, darunter auch Juristinnen. Die Frauen berichteten mir, dass es gerade im Familienrecht eine große Kluft zwischen den gesetzlichen Regelungen und der gelebten Realität gebe. So ist zum Beispiel das gesetzliche vorgeschriebene Mindestalter für die Eheschließung 18 Jahre. Leider werden aber immer noch, gerade in ländlichen Gegenden Togos, Mädchen sehr jung

verheiratet. Die Organisationen leisten daher vor allem Aufklärungsarbeit, mit der sie den Frauen und Mädchen ihre Rechte erklären und sie ermutigen, diese auch einzufordern. So soll auch der Straffreiheit bei Verstößen gegen die gesetzlichen Regelungen ein Ende gesetzt werden. Es ist aber wohl noch ein langer Weg dahin.